

Was europäische Staaten in der Corona-Krise unternehmen

Kurzinformationen zu ausgewählten Staaten – Stand 7. Mai 2020



© shutterstock

Die Corona-Krise hat enorme wirtschaftliche Auswirkungen. Für zehn europäische Länder verschafft dieses Briefing einen aktuellen Überblick über folgende Themen:


- ▶ die Entwicklung der epidemischen Lage im jeweiligen Land, die Einfluss auf eine Lockerung der bestehenden Maßnahmen hat,
- ▶ die bestehenden Beschränkungen des öffentlichen Lebens und die nationalen Diskussionen über anstehende Lockerungen,
- ▶ die erwarteten wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise auf das Wirtschaftswachstum, die Staatsfinanzen, die Beschäftigung und die betroffenen Wirtschaftssektoren,
- ▶ die wirtschaftspolitischen Gegenmaßnahmen und aktuellen Entwicklungen im jeweiligen Land.

Das Briefing wird erstellt für Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Österreich, Rumänien, die Schweiz, Spanien, Vereinigte Königreich und in dieser Woche ergänzt durch die Frühjahrs-Prognose der EU-Kommission.


Eine Aktualisierung erfolgt wöchentlich.

Inhaltsverzeichnis

Belgien	3
Deutschland.....	5
Frankreich.....	7
Italien.....	9
Niederlande	10
Österreich.....	12
Rumänien	14
Schweiz.....	16
Spanien.....	19
Vereinigtes Königreich (UK).....	20
Wirtschaftliche Aussichten für 2020 und 2021 in der EU und weltweit	22

BELGIEN		Stand: 7. Mai 2020 Recherche: Bert Van Roosebeke	
Lagebericht Gesundheit 1. –7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Insgesamt: Massiver Rückgang der Infektionswelle. Anzahl neuer Fälle, Krankenhausaufnahmen und Tote auf niedrigstem Niveau seit Anfang April. • Peak der Todesfälle war Mitte April. Zahl sinkt 3. Woche in Folge, nun um 42% gegenüber Vorwoche. • Sterbefälle pro 100.000 Einwohner: 73 (Vorwoche: 63). Damit höher als in Spanien (55) und Italien (48). • 53% der statistisch erfassten COVID-19-Toten wohnten in Pflegeheimen. Aber darunter viele nur vermutete Fälle: Nur 19% der als COVID-19 erfassten Todesfälle in Pflegeheimen wurden positiv getestet, 81% nicht. • Anzahl neuer COVID-19-Fälle sinkt 4. Woche in Folge, gegenüber Vorwoche um 44% (ohne Tests in Pflegeheimen). • Seit dem 15. April: Systematische Tests in Pflegeheimen. Dort: 4% der Tests positiv, stark fallende Tendenz. Unter Berücksichtigung dieser Tests fällt die Zahl der neuen Fälle im Vergleich zur Vorwoche um 49%. • Krankenhausaufnahmen sinken 4. Woche in Folge, gegenüber Vorwoche um 42%. • Auslastung der Intensivbetten sinkt 3. Woche in Folge, auf 30% (Vorwoche 40%). 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 1. –7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Seit 4. Mai: Home-Office weiterhin Pflicht, wo möglich. Industrieproduktion zulässig; mit Maske, falls Sicherheitsabstand nicht möglich. Alltagsmasken: Pflicht im ÖPNV, empfohlen im öffentlichen Raum. Neben Lebensmittelgeschäften nur solche Geschäfte geöffnet, die Material zur Herstellung von Masken verkaufen. Mit Sicherheitsabstand: Sport im Freien auch mit zwei Personen erlaubt, die nicht im eigenen Haushalt wohnen. • Ab 11. Mai: Alle Geschäfte – unabhängig von der Größe – wieder geöffnet. Mind. 10 qm pro Kunde, max. 30 Minuten. Einkaufen immer nur durch eine Person. Kontaktberufe wie Frisöre bleiben untersagt. Jede Familie darf Besuch von vier vorher festgelegten Personen empfangen. • Ab 18. Mai: Schrittweise Öffnung von Schulen (Abweichungen je nach Region). Kontaktberufe unter Auflagen wieder erlaubt. Eventuell: Öffnung von Museen, Erlaubnis für Tagesausflüge. • Frühestens ab 8. Juni: Öffnung Gastgewerbe; Reisen ins Ausland, Jugendfreizeiten (relevant für die Kinderbetreuung in den Ferienmonaten Juli und August). Sportwettbewerbe bis Ende Juli verboten. 			
Wirtschaftliche Lage 1. –7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Frühjahrsprognose 2020 der EU-Kommission: BIP: -7,2%; öffentliches Defizit: 8,9%; Inflation: 0,2%; Arbeitslosigkeit steigt von 5,4% auf 7,0%. • Arbeitslosigkeit in Flandern steigt im April auf 6,5%; +12% im Jahresvergleich. Höchster Wert seit zwei Jahren. Kurzarbeit nicht berücksichtigt. Anzahl Jobangebote in Brüssel: -42%. • Derzeit produzieren 40% der Unternehmen nicht. Bis Ende der 1. Mai-Woche: 30%. • Schätzung für Mitte Mai: Bauindustrie wieder auf 90% der Aktivitäten. • Schätzung für Ende Mai: 80% der Unternehmen erreichen wieder volle Kapazität. • Wöchentliche Umfrage der Zentralbank unter 7.000 Unternehmen (in Klammern: Vorwochen): <ul style="list-style-type: none"> • 34% der Unternehmen: Liquidität für drei Monate gesichert (Vorwochen ca. 37%) • Gesamtumsatz der Unternehmen fällt um 31% (33%, 34%, 37%, 33%) • 9% der Unternehmen erwarten Insolvenz (Vorwochen: 7%). Im Sektor Kunst und Entspannung: 30%. • Investitionen werden „massiv“ verschoben. Im Gastgewerbe: Nur 7% der Unternehmen halten an geplanten Investitionen fest. • Umfrage: 70% der Scale-up-Unternehmen (junge Unternehmen, die bereits einige Jahre in Folge wachsen) erwarten, ohne Probleme aus der Krise zu kommen. 45% erwarten positive Effekte. • 25% der belgischen Unternehmen brauchen Hilfe vom Staat oder frisches Fremd- oder Eigenkapital, um die Produktion wieder aufnehmen zu können. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Hilfsprogramm der föderalen Regierung i.H.v. ca. 57 Mrd. €: <ul style="list-style-type: none"> • “Bazooka“-Paket der föderalen Regierung (50 Mrd. €) <ul style="list-style-type: none"> • Kostenlose Stundung von Kreditraten für Unternehmen und Privatpersonen bis Ende September • Staatsgarantie für neue Kredite und Kreditlinien von Unternehmen über 12 Monate, bei Kreditvergabe bis Ende September. Banken tragen die ersten 3% der Ausfälle, darüberhinausgehende Ausfälle werden von Banken und Staat übernommen. • Paket der föderalen Regierung i.H.v. ca. 7 Mrd. €, insbesondere 		

	<ul style="list-style-type: none"> • Kurzarbeit ohne Nachweis wirtschaftlicher Nöte; Lohnfortzahlung 70% (statt bisher 65%). Kurzarbeit wird automatisch bis Ende Mai verlängert. • Einkommensersatz für Selbständige • Stundung von Mehrwertsteuer- und Unternehmenssteuervorauszahlungen bis Mitte Juli, von Körperschafts- und Einkommenssteuer (bis Ende Mai) sowie Sozialbeiträgen (1 Quartal) • Staatliche Rückversicherung für Forderungsausfallversicherungen zur Absicherung von Lieferantenkrediten. • Hilfsprogramme der Regionalregierungen: Zuschüsse an Unternehmen und Selbständige, die ihre Geschäfte schließen mussten, Garantien für Überbrückungskredite. NEU: Flämische Regierung stellt 250 Mio. € bereit für Kredite an Unternehmen i.H.v. bis zu 800.000 €, Laufzeit bis zu drei Jahre (föderale Hilfe: 1 Jahr). 950 Unternehmen stellen Anfrage.
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • In kritischen Sektoren Erhöhung der zulässigen Überstunden auf 220 jährlich. • Einfacherer Einsatz von Studenten und Kurzarbeitern als Saisonarbeiter. • Gesetz über digitale Vollmachtserteilungen an Notare, etwa für den (Ver)Kauf einer Immobilie. • NEU: Gesetzesänderung verhindert, dass Unternehmen die Kurzarbeiterregelung nutzen können, um Arbeitnehmer zu geringeren Kosten zu entlassen. • NEU: Ausweitung der bezahlten Arbeitszeitreduzierung zur Betreuung von Kindern bis 12 Jahren bis Ende Juni. Einverständnis des Arbeitgebers notwendig.
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Flämische Regierung unterstützt Gemeinden finanziell bei der Kinderbetreuung. Hintergrund: Zusatzbelastung durch parallele Öffnung der Schulen, weiterer Fernunterricht und Kinderbetreuung in Schulen ohne Unterricht. Maßnahme soll sicherstellen, dass Eltern zur Arbeit gehen können. Bildungseinrichtungen verlangen Kinderbetreuung durch und in Unternehmen; nationaler Unternehmerverband zeigt sich offen. • Flämische Regierung vergibt 100 Mio. € Auftrag an Konsortium für die telefonische Kontaktverfolgung von Infizierten. • Brussels Airlines (100% Tochter der Lufthansa) beantragt 290 Mio. € Staatshilfe. Die belgische Regierung verlangt dafür Investitions Garantien der Lufthansa in die Fluggesellschaft und in den Brüsseler Flughafen. • 58% der Bevölkerung unterstützen die Kontaktbeschränkungen. Ende April: 51%; am Anfang der Einschränkungen: 81% • Ab 9. Juni: Internationaler Zugverkehr Brüssel – Paris und Brüssel – Amsterdam wieder auf 20% des Vor-Corona-Angebots.


DEUTSCHLAND		Stand: 7. Mai 2020 Recherche: Matthias Kullas	
Lagebericht Gesundheit 1.–7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Anzahl neuer COVID-19-Fälle nimmt gegenüber Vorwoche um 37% ab. • Reproduktionszahl (wie viele Menschen infiziert eine erkrankte Person?): 0,65. • Anteil der in Krankenhäusern behandelten COVID-19-Erkrankten: 18%. • Die Auslastung der Intensivbetten liegt bei 62% (Vorwoche: 60%), keine Engpässe prognostiziert. • Anstieg der Todesfälle von 4,0% der jemals Infizierten auf 4,3%, da viele Infektionen in Alten- und Pflegeheimen sowie Krankenhäusern. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 1.–7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Seit 23. April: Schrittweise Öffnung von Schulen (Abweichungen in einzelnen Bundesländern). Jeder Schüler soll noch vor den Sommerferien tage- oder wochenweise an Präsenzunterricht teilnehmen. • Seit 27. April: Pflicht zum Tragen von Alltagsmasken in Geschäften und im öffentlichen Personennahverkehr. • Seit 4. Mai: Friseure dürfen öffnen (in einzelnen Bundesländern auch andere Körperpflegebetriebe, etwa Kosmetikstudios oder Massagepraxen). • Seit 4. Mai: Alle Einzelhandelsgeschäfte dürfen unter Auflagen öffnen (Zeitpunkt variiert zwischen den Bundesländern). • Ab 9. Mai: Schrittweise Öffnung von Gaststätten und Hotels (Abweichungen in einzelnen Bundesländern). • Bis mindestens 15. Mai: Einreisebeschränkungen und Grenzkontrollen. Lockerungen angekündigt. • Bis mindestens 5. Juni: Kontaktbeschränkungen (Ausgestaltung variiert zwischen den Bundesländern). • Bis mindestens 14. Juni: Weltweite Reisewarnung. • Bis mindestens 31. August: Großveranstaltungen verboten (Definition von Großveranstaltungen variiert zwischen den Bundesländern). • Landkreise und kreisfreie Städte mit mehr als 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohnern innerhalb der letzten sieben Tage müssen sofort zusätzliche Beschränkungen einführen. 			
Wirtschaftliche Lage 1.–7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Frühjahrsprognose 2020 der EU-Kommission: BIP: -6,5%; öffentliches Defizit: 7,0%; Inflation: 0,3%; Arbeitslosigkeit steigt von 3,2% auf 4,0%. • ZEW: Privater Konsum im Gegensatz zu früheren Krisen nicht stabil, sondern rückläufig, Prognose für 2020: -3,0%; Exporte: -4,8%. • Ifo: Kurzarbeit in 50% der Unternehmen. Besonders betroffen: Gastronomie (99%), Hotels (97%) und Automobilindustrie (94%). • IAB: Rückgang der offenen Stellen im ersten Quartal 2020 von 1,4 Mio. auf 1,1 Mio. im Vergleich zum Vorquartal. • Statistisches Bundesamt: Umsatzrückgang der Industrie im März gegenüber dem Vormonat: -11,5%. • Statistisches Bundesamt: Industrielle Auftragseingänge im März gegenüber dem Vormonat: -15,6%. Dies ist der größte jemals gemessene Auftragseinbruch. • Deutscher Städtetag: durchschnittlich 15% – 20% geringere Gewerbesteuererinnahmen 2020. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Staatliche Hilfsprogramme i.H.v. ca. 1.250 Mrd. €: • Schutzschild der Bundesregierung i.H.v. 353,3 Mrd. € und Bundesgarantien i.H.v. 819,7 Mrd. €. <ul style="list-style-type: none"> • Zuschüsse zu Betriebskosten für kleine Unternehmen i.H.v. bis zu 50 Mrd. €. • Wirtschaftsstabilisierungsfonds zur Liquiditätsversorgung und Rekapitalisierung i.H.v. 100 Mrd. € für Kapitalmaßnahmen, 400 Mrd. € für Bürgschaften und 100 Mrd. € zur Refinanzierung von KfW-Programmen. • KfW: Sonderprogramme mit gelockerten Kreditkonditionen, Ausweitung der Bürgschaftsprogramme zur Liquiditätsversorgung, Programm für Schnellkredite an kleine Unternehmen. • Anpassung der Steuervorauszahlungen, Stundung von Steuerzahlungen und Aussetzung von steuerlichen Vollstreckungsmaßnahmen. Unternehmen dürfen bei absehbaren Verlusten Verlustrückträge geltend machen, um zügig Erstattungen von 2019 geleisteten Steuervorauszahlungen zu erhalten (Grenze: 15% der Steuervorauszahlungen oder 1 Mio. € pro Person, Kosten rd. 4 Mrd. €). • Erleichterter Zugang zu Kurzarbeitergeld. Erhöhung des Kurzarbeitergelds gestaffelt auf bis zu 87% des Lohnausfalls (Kosten rd. 1 Mrd. €). 		

	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitslosengeld II: vorübergehender Entfall der Vermögensprüfung. Verlängerung des Bezugszeitraums um drei Monate. • Entschädigung bei Verdienstausschluss wegen Kinderbetreuung. • Staatliche Garantien für Kreditversicherungen im Handel i.H.v. 30 Mrd. €. • Unterstützung von Krankenhäusern, die aufgrund COVID-19 höhere Kosten oder Einnahmeausfälle haben i.H.v. 2,8 Mrd. €. • Kreuzfahrtreedereien können die Tilgung von Exportkrediten für ein Jahr aussetzen. • Unterstützung der Bundesländer und Krankenkassen beim Kauf von medizinischer Ausrüstung i.H.v. 7,9 Mrd. €. • Verringerung des Mehrwertsteuersatzes für Gaststätten auf 7% (Kosten rd. 5 Mrd. €). • Zusätzlich: fiskalische Maßnahmen der Bundesländer. • Gehaltsbonus von bis zu 1.500 € für Pflegekräfte. • NEU: Zuschüsse der Arbeitgeber zum Kurzarbeitergeld werden für die Monate März bis Dezember von den Sozialversicherungsbeiträgen befreit.
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Miete für die Monate April bis Juni kann gestundet werden, wenn Mieter COVID-19-bedingt weniger Einkommen haben. • Keine Strom- oder Wassersperren bei Zahlungsverzug. • Stundung von Verbraucherdarlehen. • Regeln für Saisonarbeiter gelockert. • Unternehmen sollen, wo immer möglich, Heimarbeit einrichten. • Verbindliche Corona-Arbeitsschutzregeln. • Absenkung der Anteilsschwelle, ab der die Bundesregierung Beteiligungen von Investoren aus Nicht-EU-Staaten prüfen kann, von 25% auf 10% bei Unternehmen, die Impfstoffe, Medikamente, medizinische Schutzausrüstung und andere Medizingüter zur Behandlung hochansteckender Krankheiten herstellen oder entwickeln.
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Wissenschaftlicher Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums empfiehlt ein Investitionsprogramm zur Wiederbelebung der Konjunktur, das sich insbesondere auf drei Bereiche konzentriert: öffentliche Infrastruktur, Digitalisierung und Klimaschutz. • Anfang Juni wird die Bundesregierung über eine Kaufprämie für PKW beraten. • Spiele der Fußball-Bundesliga ohne Zuschauer sollen noch im Mai stattfinden.


FRANKREICH		Stand: 7. Mai 2020 Recherche: Victor Warhem	cep
Lagebericht Gesundheit 1.–7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Tägliche COVID-19-Todesfälle: weiterhin leicht sinkend gegenüber Vorwoche. • Krankenhausaufnahmen seit 22 Tagen rückläufig. • Intensivbetten-Auslastung seit 1. April rückläufig. • Übersterblichkeit zwischen dem 1. März und dem 20. April: 24.902 Todesfälle. Diskrepanz zu den im gleichen Zeitraum erfassten 20.265 COVID-19-Todesfällen. Übersterblichkeit vor allem im Nordosten Frankreichs. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 1.–7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Ab dem 11. Mai: Erste schrittweise Lockerungen: <ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung der Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum (max. 10 Personen); maximale Entfernung von 100 Km zum üblichen Wohnort außer für dringende familiäre oder berufliche Zwecke. • Wiedereröffnung von kleinen Kulturzentren und Bibliotheken. • Schrittweise Wiedereröffnung der Kindergärten und Schulen: Maximal 15 Schüler pro Klassenraum, teilweise Maskenpflicht. • Wiedereröffnung aller Einzelhandelsgeschäfte und Märkte nach Genehmigung der öffentlichen Behörden (Bürgermeister/Präfekt). • Wiedereröffnung von Einkaufsflächen über 40.000 qm: Nur mit Genehmigung der Präfekten. • Besetzung der Züge max. 50%. • Alle Lockerungen vorerst bis 2. Juni. Anschließend voraussichtlich bis Sommerende, sofern keine Erhöhung der Reproduktionszahl über 1 bis Ende Mai. • Kinos, Theater und Konzertsälen bis mindestens 2. Juni geschlossen. • Gastgewerbe bleibt im Mai geschlossen. • Großveranstaltungen (ab 5.000 Personen) bis September verboten. • Vorschriften für Unternehmen ab dem 11. Mai: (1) Home Office bevorzugt, (2) mindestens 4 qm pro Beschäftigtem, (3) Verkehrsregelungen für Personen innerhalb der Unternehmensgebäude, für Ankünfte und Ausfahrten, (4) Testen der Beschäftigten vor der Rückkehr ins Unternehmen wegen mangelnder Testkapazitäten verboten, (5) keine Maskenpflicht. 			
Wirtschaftliche Lage 1.–7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Frühjahrsprognose 2020 der EU-Kommission: BIP: -8,2%; öffentliches Defizit: -9%; Inflation: +0,4%; Arbeitslosigkeit steigt von 8,5% auf 10,1% 2020. • Kurzarbeit-Regelungen bis 1. Juni verlängert: 12,1 Mio. Beschäftigte und 998 000 Unternehmen (Stand: 6. Mai). Restaurants, Hotels und Eventsunternehmen können die Kurzarbeit-Regelungen in voller Höhe „so lang wie nötig“ nutzen. • Ölkonzern Total: Gewinn im 1. Quartal 2020 nahe Null. • Zahlungsverzögerungen von Unternehmen im April 2020: +75% im Vergleich zum April 2019. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Staatliches Hilfsprogramm i.H.v. ca. 425 Mrd. € ; <ul style="list-style-type: none"> • Staatsgarantie (315 Mrd. €; +15 Mrd. €) für neue Kredite und Kreditlinien von Unternehmen (bis 25% des Jahresumsatzes) über 12 Monate, bei Kreditvergabe bis Ende September. Ursprünglich bis 31.12.2020, um 1 Jahr verlängert bis Ende 2021. • Stand 30. April: 46 Mrd. € bereits genehmigt (22 Mrd. zum 16.4.) an 251.000 Unternehmen (150.000 am 16.4.); Derzeitige Nachfrage: 77 Mrd. € (409 000 Anträge). • Hilfspaket der Regierung (110 Mrd. €) – weitere Verwendung des Hilfspakets i.H.v. 42 Mrd. € (1,9 % des BIP) für Kurzarbeitergeld, Solidaritätsfonds, Gesundheitsausgaben <ul style="list-style-type: none"> • Stundung der Steuern und Sozialabgaben um 3 Monate. • Staatsgarantie für neue Kredite und Kreditlinien von Unternehmen über 12 Monate, bei Kreditvergabe bis Ende September. Banken tragen die ersten 3% der Ausfälle, darüberhinausgehende Ausfälle werden von Banken und Staat übernommen. • Stundung von Mehrwertsteuervorauszahlungen, Körperschaft- und Einkommensteuer (2 Monate) sowie Sozialbeiträgen (1 Quartal) – Stundung für Mehrwert- und Unternehmenssteuervorauszahlungen bis Mitte Juli verlängert. • Solidaritätsfonds für kleine und sehr kleine Unternehmen (TPE) in besonders betroffenen Sektoren (Staatlicher Zuschuss i.H.v. 1.500€ – insgesamt 7 Mrd. €; weitere Hilfen der Regionalbehörden (Régions) bis 5.000€ für Unternehmen mit mindestens einem Beschäftigten in „extrem großen Schwierigkeiten“. 		

	<ul style="list-style-type: none"> • Sonstige Maßnahmen: <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung von einkommensschwachen Familien (1 Mrd. €). • Prämien-Paket i.H.v. 300 Mio. € für nicht freigestellte Beamte.
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Annullierung der Sozialabgaben für die „am meisten betroffenen Sektoren“ – insb. die Tourismus-Branche – i.H.v. 750 Mio. €.
Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Pharmakonzern BioMérieux: Antikörpertest in weniger als 30 Minuten. • Die Regierung will im Herbst ein Konjunkturpaket für 2021 vorstellen. • Allen Unternehmen mit bis zu 9 Beschäftigten sollen die Sozialausgaben von März, April und Mai 2020 erlassen werden, wenn Schließung während der Ausgangssperre staatlich vorgeschrieben wurde. • Die Regierung will die Kontaktverfolgungs-App „Stopcovid“ ab dem 2. Juni einsetzen. • Kritik an der (zu) langsamen Ausweitung der Testkapazitäten.


ITALIEN		Stand: 7. Mai 2020 Recherche: Andrea de Petris und Stefano Milia	cep
Lagebericht Gesundheit 1. – 7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Verdoppelung der Fallzahlen derzeit alle 33 Tage. Reproduktionszahl (wie viele Menschen infiziert eine erkrankte Person?) sinkt auf 0,8% (gegenüber 1,16% in der Vorwoche). • Todesfälle gegenüber Vorwoche: +16%. • Krankenhausaufnahmen und Anteil der Intensivpatienten nehmen weiter ab. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 1. – 7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Mit Selbstbescheinigung: Besuche von Familienmitgliedern zulässig, die nicht im direkten Umfeld, aber in der gleichen Region wohnen. • Seit 4. Mai wieder zulässig: verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Großhandel, Catering mit Take-away. Training für Individualsport, Beerdigungen mit maximal 15 Personen. Öffentliche Parks geöffnet, Zugang beschränkt. Bewegungen außerhalb der Region nur für die Rückkehr zum Wohnort, zur Arbeit oder aus gesundheitlichen Gründen. • Ab 18. Mai: <ul style="list-style-type: none"> • Wiedereröffnung von Einzelhandel, Museen und Ausstellungen, Bibliotheken, Training für Mannschaftssportarten. • Wiedereröffnung von Gastronomie und Frisöre in einigen Regionen, falls Ansteckungsgefahr weiter zurückgeht. • Ab 1. Juni: Wiedereröffnung von Bars, Restaurants, Frisören, Schönheitszentren. • Schulen und Universitäten bleiben geschlossen (seit 4.3.). 			
Wirtschaftliche Lage 1. – 7. Mai April 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Frühjahrsprognose 2020 der EU-Kommission: BIP: -9,5 %; öffentliches Defizit: 10,4%; Inflation: -0,3% Arbeitslosigkeit steigt von 10% auf 11,8%. • Industrieproduktion im April: -26,1% gegenüber März 2020 und -45% gegenüber April 2019. • 57% der Italiener wollen auf Urlaub zu verzichten. Schätzung: im Gesamtjahr 2020 nur 20% der sonst üblichen ausländischen Touristen. Zwischen März und Mai: 10 Mrd. € weniger Einnahmen mit ausländischen Touristen. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	Staatliches Hilfsprogramm i.H.v. 750 Mrd. € <ul style="list-style-type: none"> • Paket „Cura Italia“ (ca.25 Mrd. € Ausgaben und ca. 325 Mrd. Garantien), u.a.: <ul style="list-style-type: none"> • Zusätzliche Mittel für das Gesundheitssystem • Kurzarbeiterregelungen, auch für kleine Unternehmen • Stundung von Sozialbeiträgen und Steuerzahlungen • Steuergutschrift für Ausgaben für Erhöhung des Hygienestandards am Arbeitsplatz • Steuergutschrift für Einzelhandel: 60% der Miete für März • Staatsgarantien i.H.v 325 Mrd. € für Unternehmenskredite • „Decreto Liquidità“ (ca. 400 Mrd. €, angekündigt am 6.April.), u.a.: <ul style="list-style-type: none"> • Staatsgarantie bis 200 Mrd. € für neue Kredite und Kreditlinien von Unternehmen bei Banken 70% bis 90% je nach Größe des Unternehmens • Erhöhung des nationalen Garantiefonds für Kleine und Mittelständische Unternehmen • Ausweitung der Exportförderung • Stundung von Mehrwertsteuer, Körperschaft- und Einkommensteuer sowie Sozialbeiträgen (mindestens 2 Monate) • Arbeitnehmer: Kurzarbeit („Cassa integrazione“) für maximal 9 Wochen (ab 24. Februar) 80% des Gehalts, bis maximal 900-1.200 Euro bei 0 Arbeitsstunden • Selbstständige: Einmalzahlung € 600 für März 		
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Kündigungsverbot bei Mietzahlungsverzug • Gutscheinregelung bei Reisetornierung • Keine Verpflichtung zur Eröffnung von Insolvenzverfahren bis zum 30.6.2020 • Fristverlängerungen bei allen Zivil- und Strafverfahren bis 11. Mai 		
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Es laufen Beratungen über eine Ausweitung des staatlichen Hilfsprogramms in der Größenordnung von 55 Mrd. €. 		

NIEDERLANDE		Stand: 7. Mai 2020 Recherche: Bert Van Roosebeke	
Lagebericht Gesundheit 1.–7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Anzahl neuer COVID-19-Fälle sinkt 3. Woche in Folge, gegenüber Vorwoche um 35%. • Krankenhausneuaufnahmen sinken 4. Woche in Folge; gegenüber Vorwoche um 27%. • Die zuvor hohe Auslastung der Intensivbetten fällt stetig, liegt nun bei 33% (Vorwoche 43%). 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 1.–7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Weitgehende Einschränkungen bis 20. Mai. Restaurants sind geschlossen. Geschäfte dürfen öffnen, wenn der Sicherheitsabstand von 1,5 m eingehalten wird. Aufruf (keine Verpflichtung) zu Homeoffice. • Ab 11. Mai: Wegen geringer Gesundheitsgefährdung kleiner Kinder: Kindergärten und Grundschulen wieder geöffnet, allerdings darf immer nur die Hälfte der Schüler anwesend sein. Weiterführende Schulen bis mindestens 1. Juni geschlossen. Gruppensport für Minderjährige wieder erlaubt, dabei keine Abstandspflicht für Kinder unter 12 Jahren. Sport im Freien (mit Abstand) und Kontaktberufe wie Frisöre wieder erlaubt. • Ab 1. Juni: Öffentlicher Nah- und Fernverkehr wieder im Normalbetrieb, es gilt Maskenpflicht. Weiterführende Schulen wieder geöffnet. Gastronomie, Konzertsäle, Theater, Kinos und Museen: geöffnet, aber max. 30 Personen gleichzeitig und Mindestabstand. • Ab 1. Juli: Ferienanlagen und Campings geöffnet. Gastronomie, Konzertsäle, Theater, Kinos und Museen: max. 100 Personen und Mindestabstand. • Ab 1. September: Alle Sportarten erlaubt, Fußballspiele ohne Publikum. • Offen: Großveranstaltungen. • Alle Lockerungen unter Vorbehalt. Kriterien für eine erneute Verschärfung der Beschränkungen liegen noch nicht fest. 			
Wirtschaftliche Lage 1.–7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Frühjahrsprognose 2020 der EU-Kommission: BIP: -6,8%; öffentliches Defizit: -6,3%; Inflation: +0,8%; Arbeitslosigkeit steigt von 3,4% auf 5,9%. • Importe aus China: -9% gegenüber März 2019. • Lebensmittelkette Ahold Delhaize: Gewinn 1. Quartal +50%. • AirFrance-KLM: Verlust im 1. Quartal: 1,8 Mrd. €. Im 2. Quartal noch höherer Verlust erwartet. Erwartung: im 2. Quartal nur 5% der geplanten Flüge, im 3. Quartal nur 20%. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Staatliches Hilfsprogramm i.H.v. ca. 20 Mrd. €: <ul style="list-style-type: none"> • Liquiditätshilfe für Unternehmen, etwa Übernahme Lohnkosten, Einkommensersatz für Selbständige (ca. 10 Mrd. €) • Stundung von Steuerzahlungen und Sozialabgaben für Unternehmen und Haushalte • Kurzarbeitergeld (100% des Bruttolohns). • Verdopplung der Laufzeiten für staatliche Kredite an KMU auf vier Jahre, • 10 Mio. € zusätzliches Risikokapital für Start-up-Unternehmen. • Zusätzlich: Staatsgarantien für Bankkredite (9,6 Mrd. €) und Lieferantenkredite (12 Mrd. €). • Mehrwertsteuerfreistellung für medizinische Leiharbeit und medizinische Hilfsmittel. • Tochterunternehmen, die bisher trotz starker Umsatzrückgänge keine Lohnsubventionen bekommen, weil der Gesamtumsatzrückgang des Mutterunternehmens zu gering ist, können sie bekommen, sofern sie 2020 keine Boni und Dividenden zahlen. 		
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Gutscheinregelung bei Reisestornierung. • Mieter können ohne Zustimmung des Vermieters befristete Mietverträge für Wohnungen, die zwischen 1. April und 1. Juli enden, einmalig um drei Monate verlängern. 		
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Über die Bedingungen der staatlichen Unterstützung der Niederlande und Frankreichs für die Holding Air France-KLM wird nach wie vor verhandelt. • Ab 1. Juni soll sich jeder Bürger mit Symptomen testen lassen können. Dafür notwendig: 30.000 Tests pro Tag. Kapazität derzeit: 8.000 pro Tag. • Regierung bittet Telekomanbieter um anonymisierte Bewegungsdaten, um die Mobilität der Bevölkerung einschätzen zu können. Datenschutzbehörde: nur mit gesetzlicher Grundlage. 		


	<ul style="list-style-type: none">• Über viele der Lockerungen entschied die Regierung, ohne vorher den Rat des dafür eingerichteten Expertenausschusses einzuholen.• Tracking-App verzögert sich.
--	---

ÖSTERREICH		Stand: 7. Mai 2020 Recherche: Lukas Harta	
Lagebericht Gesundheit 1.–7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Kein Anstieg der Infektionen durch erste Lockerungsmaßnahmen. • Anzahl der COVID-19-Neuinfektionen nimmt gegenüber Vorwoche um 40 % ab. • Gesamtzahl der COVID-19-Patienten in den Krankenhäusern nimmt gegenüber Vorwoche um 26 % ab. • Anzahl der COVID-19-Todesfälle nimmt gegenüber Vorwoche um 38 % ab. • Zahl der Patienten, die Intensivbehandlung benötigen, sinkt. • Dunkelzifferstudie von Statistik Austria (in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz und der Medizinischen Universität Wien) im Auftrag des Wissenschaftsministeriums: Rückgang der unentdeckt infizierten Personen: Maximal infiziert waren zusätzlich zu den Erkrankten in Krankenhäusern <ul style="list-style-type: none"> • 67.400 Personen = 0,76 % der Bevölkerung Anfang April, • 10.823 Personen = 0,15 % der Bevölkerung im Zeitraum 21. – 24. April. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 1.–7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Am Arbeitsplatz Sicherheitsabstand von 1m oder Schutzausrüstung (z.B. Schutzmasken). Homeoffice empfohlen. Für Risikogruppen, insbesondere Personen mit schweren Vorerkrankungen: Anspruch auf Homeoffice, angepasste Arbeitsbedingungen oder Freistellung. • In allen Geschäftsräumen, öffentlichen Verkehrsmitteln und öffentlichen Orten in geschlossenen Räumen (z.B. Bahnhofshallen) Maskenpflicht. • Seit 1. Mai: <ul style="list-style-type: none"> • Aufhebung der Ausgangsbeschränkungen. In der Öffentlichkeit Sicherheitsabstand von 1m zu Personen, die nicht im eigenen Haushalt leben. • Öffnung aller weiteren Geschäfte, Einkaufszentren und Dienstleister (pro Kunde müssen 10m² zur Verfügung stehen, Frisöre müssen Gesichtsmaske oder Visier tragen). • Versammlungen bis 10 Personen zulässig, größere Versammlungen können behördlich eingeschränkt werden, z.B. durch Abstandsregeln oder beschränkte Teilnehmerzahl. • Seit 4. Mai: Schrittweise Öffnung der Schulen (zunächst Abiturklassen, im Schichtbetrieb). • Ab 15. Mai: <ul style="list-style-type: none"> • Gottesdienste: Maskenpflicht, Abstand von 2m, pro Person 10m²). • Gastronomie: bis 23h; Masken- oder Visierpflicht für Personal; max. 4 Erwachsene pro Tisch; Mindestabstand von 1m zwischen Tischen). • Ab 18. Mai: Öffnung Grundschulen und Sekundarstufe I. Unterricht im Schichtbetrieb. • Ab 29. Mai: Öffnung Hotels und Schwimmbäder. • Ab 3 Juni: Sekundarstufe II. Unterricht im Schichtbetrieb. 			
Wirtschaftliche Lage 1.–7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Frühjahrsprognose 2020 der EU-Kommission: BIP -5,5%; öffentliches Defizit: 6,1%; Inflation: 1,1%; Arbeitslosigkeit steigt von 4,5% auf 5,8%. • Kurzarbeit: 104.007 Anträge (91.460 genehmigt für 1,26 Mio. Stellen (Stand 1. Mai). • Arbeitslosigkeit (inklusive Schulungsteilnehmer) Ende April: 571.477 Personen (+58,2% im Vorjahresvergleich; +5,5 Prozentpunkte im Vergleich zu Ende März). Im Vorjahresvergleich +130% im Gastgewerbe, +98% in der Bauwirtschaft, + 84% in Verkehr und Lagerhaltung, + 52% in Warenproduktion, + 49% im Handel. • Schätzung des IHS: Wertschöpfungsrückgang 2020 von 52% für Reisebüros und Reiseveranstalter, 41% im Tourismus, 33% im Sektor Kultur, Sport, Erholung und Freizeitwirtschaft, 7% im Bauwesen. Insgesamt BIP-Rückgang um 8,5%. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	Staatliches Hilfsprogramm des Bundes i.H.v. 48 Mrd. €: <ul style="list-style-type: none"> • Staatsgarantie für Notbetriebsmittelkredite bis maximal drei Monatsumsätze oder 120 Mio. €; Garantie von 100% bis 500.000 €, darüber 90% • Garantien und Zuschüsse zur Deckung des Liquiditätsbedarfs von Unternehmen • Zuschüsse für Unternehmen, die während der Corona-Krise Umsatzverluste von zumindest 40% erlitten haben • Erleichterungen bei Kurzarbeit: beschleunigte Antragstellung, Möglichkeit arbeitsfreier Zeiten während des Kurzarbeitszeitraums, größere Kostenübernahme durch das Arbeitsmarktservice. Anhebung der Mittel für Kurzarbeit von ursprünglich 400 Mio. (zuletzt 5 Mrd.) auf (NEU) 10 Mrd. €. 		

	<ul style="list-style-type: none"> • Herabsetzung von Einkommen- und Körperschaftsteuervorauszahlungen bis auf Null. • Staatliche Bürgschaft für Kredite für Exportbetriebe. • Einrichtung eines Familienhärtefonds für in Österreich lebende Familien, die am 28. Februar für mindestens ein Kind Familienbeihilfe bezogen. Verdopplung des Fondsvolumens von 30 Mio. auf 60 Mio. €. • Masken werden von der Mehrwertsteuer befreit.
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Kündigungsverbot bei Mietzahlungsverzug, Aufschiebung von Räumungen. • Stundung von Verbraucherkrediten bei COVID-19-bedingten Einkommensausfällen. • Gerichtsverhandlungen dürfen per Videokonferenz stattfinden. • Veranstalter von abgesagten Kunst-, Kultur- und Sportereignissen können die Rückerstattung bereits bezahlter Entgelte mittels Gutscheinen vornehmen.
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Mobilmachung von Milizsoldaten (zum ersten Mal in der Zweiten Republik) zur Entlastung der Polizei bei der Bewachung von Botschaften. • Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen der Vorgänge in Ischgl (1000-seitiger polizeilicher Zwischenbericht liegt vor) wegen Verdachts der fahrlässigen Gefährdung von Menschen durch übertragbare Krankheiten. • Austrian Airlines erwägt Kurzarbeit bis März 2022. • Verschiebung des Aufnahmetests für das Medizinstudium.


RUMÄNIEN		Stand: 7. Mai 2020 Recherche: Lavinia Petrache	
Lagebericht Gesundheit 1.–7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Peak an COVID-19-Patienten Ende der Woche erwartet. • Anzahl neuer COVID-19-Fälle relativ konstant, Zunahme im Wochenvergleich um 5%. • Zahl der Patienten, die Intensivbehandlung brauchen, bleibt konstant. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 1.–7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Verlängert bis 14. Mai: Weitgehende Einschränkungen. Wohnung darf nur für Arbeit, Einkäufe, Arztbesuche, Sport oder Landwirtschaft verlassen werden. Schulen, alle Restaurants sowie die meisten Geschäfte in Einkaufszentren sind geschlossen. • Ab 15. Mai: Schrittweise Lockerung der Ausgangsbeschränkungen abhängig von der gesundheitlichen Lage und der regionalen Betroffenheit. Als erste Schritte sind geplant: (1) Wegfall der Pflicht zum Mitführen der Erklärung über Ausgangszweck. (2) Maskenpflicht in Geschäften und im öffentlichen Nahverkehr. Das Brillentragen wird im öffentlichen Nahverkehr empfohlen. (3) Wiedereröffnung von Zahnarztpraxen, Frisören, Schönheitszentren und Museen. • Ab 2. Juni: Prüfungsvorbereitung für die Abschlussklassen, Abschlussprüfungen für Mitte Juni geplant. Allerdings: Keine Wiederaufnahme des Unterrichts in diesem Schuljahr/Universitätsjahr; nur Onlineunterricht. Kindertagesstätten bleiben bis September geschlossen. • Wiedereröffnung des Gastgewerbes noch nicht absehbar. 			
Wirtschaftliche Lage 1.–7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Frühjahrsprognose 2020 der EU-Kommission: BIP: -6,0%; Defizit: 9,2%; Inflation: 2,5%; Arbeitslosigkeit steigt von 3,9% auf 6,5%. • Arbeitslosigkeit seit 16. März: Am 6. Mai waren 917.655 suspendierte Arbeitsverträge und 320.145 beendete Arbeitsverträge. • Nach Unternehmen in der Autoindustrie nehmen nun weitere Werke die Arbeit wieder auf (z.B. ArcelorMittal). 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	Staatliches Hilfsprogramm i.H.v. ca. 6 Mrd. €: <ul style="list-style-type: none"> • Davon 810 Mio. € aus EU-Fonds und 1 Mrd. € der Internationalen Bank für Wiederaufbau. • Hilfe für KMU <ul style="list-style-type: none"> • staatlich garantierte Kredite für Investitionen oder Beschaffung von Betriebsmitteln • Staat übernimmt Kreditzinsen (161 Mio. €) • Stundung von Steuerschulden • Aufschub der Zahlungen für Strom, Gas, Wasser, Telefon, Internet und Miete. • 75% Lohnfortzahlung bei betriebsbedingter Arbeitslosigkeit. • Bezahlte Arbeitsfreistellung für Eltern während Schulschließung. • Zuschüsse für Arbeitgeber, wenn sie Arbeitssuchende einstellen. • Selbständige, Freiberufler und Mitglieder von Genossenschaften dürfen betriebsbedingte Arbeitslosigkeit anmelden. • NEU: Für Eltern von chronisch kranken Kindern und von adoptierten Kindern: Weiterzahlung bestimmter Leistungen während des Notstands, auch wenn Anspruch nicht länger besteht. • NEU: Lohnfortzahlung für Pflegepersonal, das unter Quarantäne gestellt wurde. 		
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • 6-monatiges Exportverbot (auch in anderen EU-Staaten) für medizinische Geräte, Sanitärartikel und Medikamente zur Behandlung von COVID-19. Ausnahme für Handelsverträge. • Exportverbot für Getreide in Nicht-EU-Staaten wurde aufgehoben. 		
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Die Regierung bereitet ein Hilfspaket für Großunternehmen vor, insbesondere staatlich garantierte Kredite. • Präsident und Premierminister kündigen einen Konjunkturplan an. • Notstand wird nicht über den 15. Mai hinaus verlängert. Stattdessen Alert-Zustand. Wesentliche Änderung im Vergleich zum Notstand: Grundrechtseinschränkungen dürfen nur auf der Grundlage eines Gesetzes oder einer ausdrücklichen Ermächtigung in einem solchen Gesetz durch die Verwaltung erfolgen. 		


	<ul style="list-style-type: none">• Diskussion über Lohnfortzahlung bei betriebsbedingter Arbeitslosigkeit auch nach Ende des Notstands.• 20 Lkw mit Medikamenten und medizinischer Ausrüstung wurden in die Republik Moldau geschickt.• Rumänisches Verfassungsgericht erklärt die Vorschriften der Dringlichkeitsverordnung zur Festsetzung des Covid-19-Bußgeldkatalogs für verfassungswidrig (seit Beginn der Krise über 300.000 Personen sanktioniert, insgesamt etwa 120 Mio. €).
--	---

SCHWEIZ		Stand: 7. Mai 2020 Recherche: Philipp Eckhardt	
Lagebericht Gesundheit 1.–7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Anzahl neuer COVID-19-Fälle: -38% gegenüber Vorwoche. Im Durchschnitt: 106 Fälle pro Tag. • Anzahl neuer COVID-19-Todesfälle: -47% gegenüber Vorwoche. Im Durchschnitt 15 Tote pro Tag. • Krankenhausneuaufnahmen sinken weiter; -52% gegenüber Vorwoche. • Die Auslastung der Intensivbetten durch COVID-19-Patienten fällt stetig; liegt nun bei 11% (Vorwoche 18%). • Deutliche Übersterblichkeit bei > 65-Jährigen zwischen 22. März und 26. April: 1054 Tote mehr als der statistisch zu erwartende Höchstwert. • Ab 11. Mai: Wiederaufnahme der flächendeckenden Rückverfolgung von Neuinfektionen. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 1.–7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Weiterhin gilt: Einhaltung von Schutz- und Hygienemaßnahmen. • Keine Pflicht zum Tragen einer Maske in der Öffentlichkeit und Geschäften. • Seit 27. April: Friseure, Gartencenter, Baumärkte, Physiotherapien u.a. können öffnen. • Lockerungen ab 11. Mai: <ul style="list-style-type: none"> • Öffnung der Schulen (Primar- und Sekundarstufe I). • Öffnung des Einzelhandels, von Museen, Bibliotheken und Archiven. • Öffnung von Restaurants; Auflagen u.a. maximal vier Personen oder Eltern mit Kindern pro Tisch, Gäste müssen sitzen, 2 Meter Abstand zwischen Gästegruppen; Entscheidung über weitere Öffnungsschritte am 27. Mai. • Schrittweise Lockerung von Einreisebeschränkungen; Grenzkontrollen bleiben bestehen. • Breitensport in Kleingruppen mit max. fünf Personen erlaubt; kein Körperkontakt und Einhaltung von Hygiene- und Distanzregeln; Leistungssport: auch Training mit über fünf Personen erlaubt. • ÖPNV fährt wieder nach regulärem Fahrplan. • Voraussichtliche Lockerungen ab 8. Juni (Entscheidung am 27. Mai): <ul style="list-style-type: none"> • Treffen von mehr als fünf Personen in der Öffentlichkeit wieder erlaubt. • Öffnung von Mittel-, Berufs- und Hochschulen, kulturellen Einrichtungen, Sportanlagen, Bergbahnen und Gottesdiensten. • Spielbetrieb in den Profiligen ohne Zuschauer möglich. • Bis Ende August: Großveranstaltungen mit mehr als 1.000 Personen verboten; Entscheidung über Erlaubnis von „kleineren“ Veranstaltungen am 27. Mai. • Sommer: Urlaub in der Schweiz soll möglich sein. 			
Wirtschaftliche Lage 1.–7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Frühjahrsprognose 2020 der EU-Kommission: BIP: -5,0%; Defizit: 4,0%; Inflation: -0,5%; Arbeitslosigkeit steigt von 4,7% auf 5,5%. • Inflation im April: -0,4% gegenüber März; -1,1% gegenüber Vorjahresmonat. • SECO: Anfang Mai waren 1,91 Mio. Schweizer in 187.000 Unternehmen in Kurzarbeit. • SECO: Konsumentenstimmung sowie Erwartungen über die allgemeine Wirtschaftsentwicklung, die Arbeitslosigkeit und zur eigenen finanziellen Lage sinken auf historisch niedriges Niveau. • KOF: Geschäftslageindikator und Beschäftigungsindikator sinken auf Werte unter jener während der Finanzkrise. • Deloitte: 11% der Finanzvorstände erwarten eine Verbesserung der Wirtschaftslage binnen 12 Monaten, 64% eine Verschlechterung. • Deloitte: 77% der Selbstständigen haben Umsatzeinbußen oder mussten Betrieb vorübergehend einstellen, 25% rechnen mit Konkurs; 63% der Angestellten haben schlechtere Arbeitssituation, 20% erwarten Jobverlust. • Arbeitslosenquote im April: 3,3% (März: 2,9%). 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	Staatliches Hilfsprogramm i.H.v. 60 Mrd. CHF: <ul style="list-style-type: none"> • Für Bankkredite bis zu 10% des Umsatzes oder maximal 20 Mio. CHF greift eine Staatsgarantie von 100% für Kredite bis 0,5 Mio. CHF; 85% Staatsgarantie für Kredite über 0,5 Mio. CHF (Garantieprogramm 40 Mrd. CHF). • Zahlungsaufschub für Sozialversicherungsbeiträge. • Keine Verzugszinsen bei Streckung von Zahlungen u.a. bei der Mehrwertsteuer, Zöllen und sonstigen Verbrauchssteuern. 		

	<ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung der Kurzarbeit u.a. auf befristet oder temporär beschäftigte Personen, Personen in einem Lehrverhältnis, Leiharbeiter. • Entschädigungsleistungen bei Erwerbsausfällen für Selbständige: bei Schulschließungen, ärztlich verordneter Quarantäne, Schließung eines selbstständig geführten Betriebes; Selbständige, die ihren Betrieb am 27. April bzw. 11. Mai wieder öffnen dürfen, und deren Anspruch auf Entschädigungsleistung dann entfallen würde, können Leistungen dennoch noch bis 16. Mai erhalten. • Entschädigungsleistungen bei Erwerbsausfällen für Angestellte: bei Schulschließungen und ärztlich verordneter Quarantäne. Erwerbssersatz künftig auch für Eltern, die Kinder unter 21 Jahren „mit Beeinträchtigungen“ betreuen müssen. • 280 Mio. CHF Hilfen für Kulturbetriebe und 100 Mio. CHF für „Sportorganisationen“: 50 Mio. Breitensport, 50 Mio. professioneller Sport. • Zur Konkursvermeidung vorübergehend keine Pflicht zur Überschuldungsanzeige. Möglichkeit von befristeten Stundungen, insbesondere für KMU. • Ausweitung der Ansprüche auf Erwerbssersatz auf Selbstständige, die nur indirekt vom Corona-Lockdown betroffen sind, z. B. Taxifahrer. • Absenkung der Rundfunkgebühren pro Haushalt und Jahr von 365 auf 335 CHF, Öffentlicher Rundfunk erhält 50 Mio. CHF. • Hilfen für innovative Start-ups durch Bürgschaften; NEU: Bürgschaftsanträge können zwischen 7. Mai und 31. August eingereicht werden. • Sozialversicherungen verzichten bis 30. Juni auf Verzugszinsen bei verspäteter Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen; Regel gilt rückwirkend ab dem 21. März. • Maßnahmen zur Optimierung des Warenverkehrs an der Grenze. • Ausbau der indirekten Presseförderung: u.a. können nun alle Tages- und Wochenzeitungen Ermäßigungen bei ihrer Zustellung durch die Post erhalten (bisher: nur Zeitungen < 40.000 Abonnenten). • Unterstützung von Online-Medien mit 30 Mio. CHF. • Stützung der Luftfahrt mit 1,875 Mrd. CHF: 1,275 Mrd. CHF Kreditgarantien für Fluggesellschaften Swiss und Edelweiss (keine Staatsbeteiligung geplant), 600 Mio. CHF zur Unterstützung von Betrieben an den Landesflughäfen. • NEU: Schweiz sagt bei EU-Geberkonferenz zur COVID-19-Krise 400 Mio. CHF zu.
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Deaktivierung des antizyklischen Kapitalpuffers, d.h. Aufhebung der Pflicht für Banken, in Krisenzeiten zusätzliche Eigenmittel bei Hypothekarkrediten vorzuhalten. • Kündigung bei Wohn- und Geschäftsmieten erst nach 90 statt 30 Tagen Mietrückstand. • Mehr Kompetenzen für den Bund bei der Versorgung mit medizinischen Gütern. • Aussetzung von Zöllen für medizinische Güter. • Regelung für Lehrabschlussprüfungen: Prüfungen der praktischen Arbeit finden statt, schulische Prüfungen nicht. • Gymnasien können dieses Jahr auf Abschlussprüfungen verzichten, dann gilt die „Erfahrungsnote“. • NEU: Die 15 000 kaufmännischen Lernenden müssen dieses Jahr keine praktischen Prüfungen machen; Erfahrungsnote zählt.
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Seit 4. Mai: Mehrtägige Sitzung des Schweizer Parlaments (Nationalrat und Ständerat) mit Diskussionen und Beschlüssen insb. zu den von der Regierung (Bundesrat) beschlossenen, oben aufgeführten Maßnahmen: <ul style="list-style-type: none"> • Parlament mit Lockerungen der Ausgangsbeschränkungen des Bundesrats überwiegend einverstanden, im Detail Änderungswünsche. • Parlament billigt staatliche Hilfsprogramme des Bundesrats; zusätzlich sollen KITAS mit 65 Mio. CHF unterstützt werden; Diskussion um weitere Hilfsprogramme. • Parlament billigt Milliardenhilfen für die Luftfahrt. • Parlament fordert <ul style="list-style-type: none"> • weitere Überbrückungshilfen für die Medien; • zusätzliche Unterstützung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs;

	<ul style="list-style-type: none">• freiwillige Corona Tracking-App und fordert gesetzliche Regelung; daher Einführung vss. nicht vor Juni.• Parlament ist uneinig über Mieterlass für Geschäfte und über Verbot von Dividendenzahlungen bei Unternehmen mit Mitarbeitern in Kurzarbeit.• Nationalrat fordert Fahrplan für Grenzöffnungen.• Nationalrat fordert Zahlungsaufschub für Reisebüros: Kunden sollen Forderungen gegenüber Reisebüros erst ab Oktober wieder geltend machen.
--	---

SPANIEN		Stand: 7. Mai 2020 Recherche: Martin Menner	
Lagebericht Gesundheit 1. – 7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Peak an COVID-19-Patienten überschritten. • Verdoppelung der Fallzahlen derzeit alle 34 Tage, mit steigender Tendenz. • Mehr Krankenhausentlassungen als -aufnahmen wegen COVID-19; Auslastung der Intensivbetten sinkt. 			
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 1. – 7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Wohnung darf nur allein (!) für Arbeitszwecke, Einkäufe, Sport oder Arztbesuche verlassen werden, oder um Hunde auszuführen. Schulen, Restaurants, Freizeiteinrichtungen, Hotels sowie die meisten Geschäfte sind geschlossen. Geschäfte des täglichen Bedarfs und Apotheken geöffnet. • Der Alarmzustand, der Ausgangsbeschränkungen rechtlich legitimiert, wird zunächst bis 24. Mai verlängert. • Exitstrategie: „Plan für den Übergang zu einer neuen Normalität“ in vier Phasen (0 bis III). • Seit dem 1. Mai: Phase 0 in ganz Spanien: Familienspaziergänge erlaubt. Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr. Ladenlokale für individuellen Service mit Voranmeldung/Bestellung geöffnet: <ul style="list-style-type: none"> • Abholservice in Restaurants oder im Einzelhandel, wobei Schalter/Trennwände erforderlich sind; • Frisörbesuche, wobei die Beschäftigten das „maximale Maß an individuellem Schutz“ nutzen müssen. • Seit dem 4. Mai: Phase I (Anfangsphase) auf den Inseln Formentera, La Gomera, El Hierro und La Graciosa: <ul style="list-style-type: none"> • Öffnung von Ladenlokalen, Terrassen und Museen, Kulturzentren – jeweils mit höchstens 30% Auslastung; • Öffnung von Hotels und anderen touristischen Übernachtungsmöglichkeiten – Gemeinschaftsbereiche müssen geschlossen bleiben; • Märkte unter freiem Himmel – bei Einhaltung „genügender Distanz“ zwischen den Ständen; • Gottesdienste – mit höchstens einem Drittel der maximalen Besucherzahl; • Kulturveranstaltungen – höchstens 30 Personen in geschlossenen Räumen, 200 im Freien. • Ab dem 11. Mai: Phase I in allen Provinzen, die genügend Kapazität an Krankenhausbetten und Intensivbetten und einen günstigen Verlauf der Infektionszahlen vorweisen können. 			
Wirtschaftliche Lage 1. – 7. Mai 2020			
<ul style="list-style-type: none"> • Frühjahrsprognose 2020 der EU-Kommission: BIP: -9,4%; öffentliches Defizit: 10,1%; Inflation: 0,0%; Arbeitslosigkeit steigt von 14,1% auf 18,9%. • Im April nahm die Zahl der Arbeitslosen um 283.000 Personen zu. 			
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)			
Fiskalische Maßnahmen	Staatliches Hilfsprogramm i.H.v. 117 Mrd. €: <ul style="list-style-type: none"> • Kredit-/Liquiditätshilfen durch Bürgschaften und Garantien (100 Mrd. €) • Sozialabgaben bei ERTE: 0% für Unternehmen bis 50 Beschäftigte, sonst 25% • Zuschuss für befristet Beschäftigte, Haushaltshilfen und Selbständige • Stundung von Sozialabgaben für Selbständige und von Steuerschulden für KMU • Stundung von Hypotheken und Konsumentenkrediten bis zu 3 Monaten. 		
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Temporäres Verbot von betriebsbedingten Kündigungen. • Temporäres Verbot von Wohnungsräumungen und Stromabschaltungen. • Verbot feindlicher Übernahmen von außerhalb der EU. • Recht auf Arbeitszeitverkürzung (bis 100%) zur Betreuung von Angehörigen. 		
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Zweite Mai-Hälfte: Kabinettsvorlage für Geldleistungen für Einkommensschwache. • Konjunkturprogramme erst für das Ende des Shutdown geplant. 		

VEREINIGTES KÖNIGREICH (UK) Stand: 7. Mai 2020 Recherche: Patrick Stockebrandt 	
Lagebericht Gesundheit 1.–7. Mai 2020	
<ul style="list-style-type: none"> • Anzahl neuer labor-bestätigter COVID-19-Fälle im Vergleich zur Vorwoche: +13% (Stand: 6. Mai). • Gesamtzahl der COVID-19-Patienten im Krankenhaus im Vergleich zur Vorwoche: -14% (Stand: 6. Mai). • Auslastung der Intensivbetten mit COVID-19-Patienten: England 27%, Wales 22%, Schottland 18% und Nordirland 25% (Stand: 6. Mai). • Anzahl täglicher COVID-19-Todesfälle im Vergleich zur Vorwoche: -21% (Stand: 6. Mai). 	
Ausgangsbeschränkungen und Exit-Strategie 1.–7. Mai 2020	
<ul style="list-style-type: none"> • Bis 10. Mai weitgehende Einschränkungen, Schulen geschlossen. • Premierminister Boris Johnson will am 10. Mai einen Plan für die „zweite Phase“ ankündigen. Erste Lockerungen für Tätigkeiten im Freien bereits ab 11. Mai möglich. • Entwürfe von „Öffnungsleitlinien“ für Unternehmen sehen u.a. vor: <ul style="list-style-type: none"> • Home-Office weiterhin wo möglich, um Überlastung des öffentlichen Verkehrs zu vermeiden. Arbeitgeber sollen Gesundheitszustand ihrer Arbeitnehmer überwachen. • Unternehmen müssen eine Risikobewertung – in Form einer spezifischen Bewertung der Arbeitssicherheit während der Pandemie – durchführen, bevor Arbeitnehmer zurückkehren dürfen. • Umstritten: Veröffentlichungspflicht dieser Risikobewertung und „Haftungsausschluss“ für Unternehmen, die sie sich an die „Öffnungsleitlinien“ halten. 	
Wirtschaftliche Lage 1.–7. Mai 2020	
<ul style="list-style-type: none"> • Frühjahrsprognose 2020 der EU-Kommission: BIP: -8,3%; öffentliches Defizit: 10,5%; Inflation: 1,2%; Arbeitslosigkeit steigt von 3,8% auf 6,7%. • Wöchentliche Umfrage der British Chambers of Commerce (Stand: 6. Mai): <ul style="list-style-type: none"> • Freistellung von Mitarbeitern („furlough“): in 74% der Unternehmen (Vorwoche: 76%). • Barreserven: 54% der Unternehmen für nur 1–3 Monate (Vorwoche 51%). • Benötigte Vorbereitungszeit für „Neustart“ der Unternehmen, wenn ein Termin für teilweise oder vollständige Aufhebung der Beschränkungen vorliegt: keine (25%); weniger als 1 Woche (35%); 1–3 Wochen (29%); 3–6 Wochen (7%); 6 Wochen oder mehr (3%); unbekannt (1%). • Staatliche Übernahme von Lohnzahlungen („Job Retention Scheme“) i.H.v. von 8 Mrd. £ (Stand: 3. Mai). 	
Wirtschaftspolitische Maßnahmen („NEU“ = Neuerungen gegenüber Vorwoche)	
Fiskalische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Staatliche Hilfsprogramme i.H.v. 380 Mrd. £: <ul style="list-style-type: none"> • Staatsgarantien für Kredite größerer Unternehmen sowie für KMU (330 Mrd. £). • Verschiebung der Mehrwertsteuerzahlungen der Unternehmen auf Ende Juni (30 Mrd. £). • Für Unternehmen im Einzelhandel, Gastgewerbe und Freizeitsektor: <ul style="list-style-type: none"> • Erlass der Steuer auf für geschäftlich genutzte Immobilien („business rates“) für das Steuerjahr 2020/21. • direkte Zuwendung von bis zu 25.000 £ für Unternehmen mit einem steuerpflichtigen Wert („rateable value“) von 15.000 – 51.000 £. • Für Kleinstbetriebe: Zuschuss bis zu 10.000 £. • Programm zur Erhaltung von Arbeitsplätzen („Job Retention Scheme“) (ohne Limit): <ul style="list-style-type: none"> • Voraussetzung: Freistellung von Arbeitnehmern, Arbeitsverhältnisse bleiben aber bestehen („furlough“). • Inhalt: Staatliche Übernahme von 80% des Lohns bis zu 2.500 £ / Monat. • Laufzeit: 1. März bis Ende Juni. Finanzminister Rishi Sunak plant die Unterstützung nicht schlicht auslaufen zu lassen, sondern schrittweise aufzulösen. NEU: Plan für kommende Woche angekündigt. • Online-Portal zur Beantragung und Abwicklung seit 20. April verfügbar. • Die Zentralbank stellt der Regierung seit 9. April unbegrenzt Mittel zu Verfügung. Das Finanzministerium sagt zu, alle Beträge noch vor Jahresende zurückzuzahlen. • Unterstützung der Kommunalverwaltungen (3,2 Mrd. £). Kommunalverwaltungsverband („The Local Government Association“) meldet wesentlichen Mehrbedarf an. • Zweiteiliges staatliches Hilfsprogramm „zum Schutz innovativer Unternehmen“ angekündigt (1 Mrd. £), bestehend aus: <ul style="list-style-type: none"> • „Future Fund“ (250 Mio. £): Darlehen i.H.v. 125.000 bis 5 Mio. £, vorbehaltlich einer gleich hohen Ko-Finanzierung durch private Investoren; Laufzeit: Mai bis September.

	<ul style="list-style-type: none"> • Zuschüsse & Darlehen durch „Innovate UK“ (750 Mio. £): gezielte Unterstützung für die FuE-intensivsten kleinen und mittleren Unternehmen. • 100% Staatsgarantie für Kredite von 2.000-50.000 £ für kleinste Unternehmen, im ersten Jahr tilgungs- und zinsfrei („Bounce Back Loan“) seit 4. Mai.
Regulatorische Maßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> • Automatische Verlängerung um 1 Jahr von Visa ausländischer Ärzte, Krankenpfleger und Sanitäter, deren Visa vor dem 1. Oktober 2020 auslaufen. Gleiches soll auch für Hebammen und Sozialarbeiter gelten, die im Gesundheitssystem (NHS) angestellt sind.
NEU: Aktuelle Entwicklungen	<ul style="list-style-type: none"> • Corona-App mit teilweiser zentraler Datenspeicherung wird seit 7. Mai auf der Isle of Wight getestet. Landesweiter Einsatz laut Gesundheitsminister Matt Hancock Mitte Mai denkbar. Parallel wird auch an einer Corona-App mit dezentraler Speicherung gearbeitet. • Das Londoner Nightingale-Krankenhaus, eines von für COVID-19-Patienten eingerichteten provisorischen Krankenhäusern soll zunächst keine Patienten mehr aufnehmen. • Die britische Finanzaufsichtsbehörde („Financial Conduct Authority“) will in einem Gerichtsverfahren klären lassen, ob Pandemie-bedingte Beschränkungen von einer „Betriebsunterbrechungsversicherung“ („business interruption insurance“) erfasst sind. • Finanzminister Rishi Sunak sichert erneut zu, dass es kein „abruptes“ Ende der staatlichen Lohnübernahme („Job Retention Scheme“) geben wird – verdeutlicht jedoch auch, dass die Kosten nicht auf Dauer übernommen werden können. Ein entsprechender Plan (zur „Entwöhnung“) soll in der kommenden Woche vorgestellt werden. Denkbar: schrittweise Kürzung der Übernahmequote über mehrere Monate hinweg oder Übernahme nur noch für bestimmte Wirtschaftsbereiche. Keir Starmer (Labour Party) fordert mehr Flexibilität. Insbesondere sollte es ermöglicht werden, das Programm auch für Arbeitnehmer in Teilzeit anzuwenden („semi-furloughed“). Das Finanzministerium ist aufgrund des Betrugspotentials bisher gegen eine solche Flexibilisierung, arbeitet jedoch nun an Wegen, dies zu ermöglichen. • Aufkommende Diskussion, den Erlass auf für geschäftlich genutzte Immobilien („business rates“) für Unternehmen im Einzelhandel, Gastgewerbe und Freizeitsektor nun auf die gesamte Wirtschaft auszuweiten.

Wirtschaftliche Aussichten für 2020 und 2021 in der EU und weltweit

Am 6. Mai 2020 hat die EU-Kommission ihre Frühjahrsprognose für die wirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 2020 und 2021 vorgelegt. Die Kommission erwartet eine Rezession historischen Ausmaßes. Die EU-Wirtschaft schrumpft demnach 2020 um 7,5% und wächst 2021 um 6 %. Die Ausschläge in den USA sind etwas geringer. In China wird für 2020 ein Wachstum von 1% erwartet. Die Weltwirtschaft soll 2020 um 3,5% schrumpfen und 2021 um 5,2% wachsen.

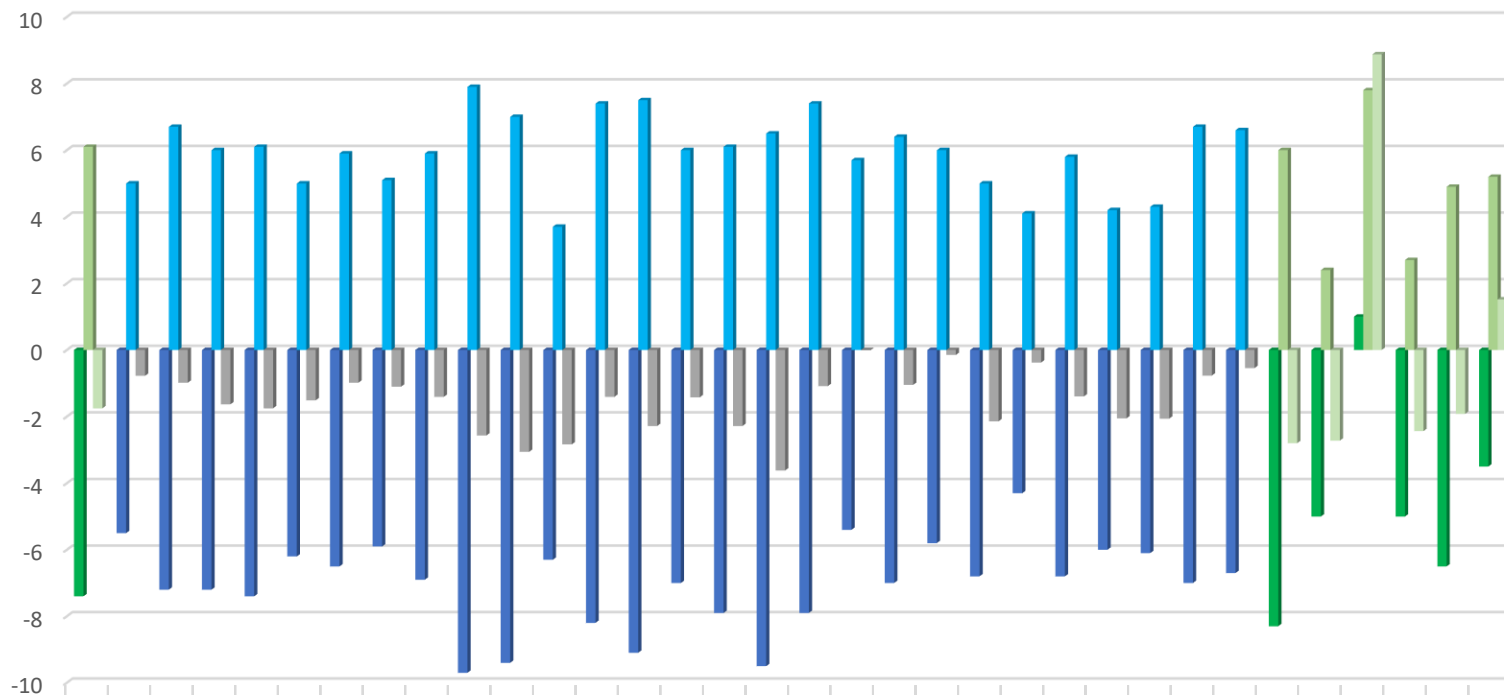
Den geringsten Rückgang verzeichnen die Schweiz und Japan (jeweils -5%), Österreich (-5,5%) und Luxemburg (-5,7%). Deutschland (-6,5%) und die USA (-6,5%) halten sich etwas besser als der EU-Durchschnitt; Frankreich (-8,2%) und UK (-8,3%) deutlich schlechter. Besonders stark sinkt das BIP in Griechenland (-9,7%), Italien (-9,5%), Spanien (-9,4%) und Kroatien (-9,1%). In diesen vier Ländern soll das BIP allerdings 2021 wieder überproportional stark ansteigen. Auch für die großen Wirtschaftsländern China (7,8%), Frankreich (7,4%), UK (6%) Deutschland (5,9%) und die USA (4,9%) erwartet die Kommission 2021 eine schnelle Erholung.

Verglichen mit 2019, wird das BIP der EU 2021 um 1,8% geringer ausfallen. Die größten Verluste erleiden Italien (-3,6%), Spanien (-3,1%), Finnland (-2,8%) und Griechenland (-2,6%). Am besten schneiden Luxemburg ($\pm 0\%$), Malta (-0,1%), Polen (-0,4%) und die Slowakei (-0,5%) ab. Deutschland (-1%) und Frankreich (-1,4%) halten sich besser als der EU-Durchschnitt (-1,8%); die USA (-1,9%) nur etwas schlechter, UK (-2,8%) erleidet deutlich größere Verluste.

Das öffentliche Defizit weitet sich 2020 in der EU dramatisch auf 8,3% des BIP aus. Für die UK (11%) und USA (18%) wird ein noch höheres Defizit erwartet. Die Neuverschuldung Italiens (11%) und Frankreichs (-9,9%) steigt deutlich schneller als die Deutschlands (7%).

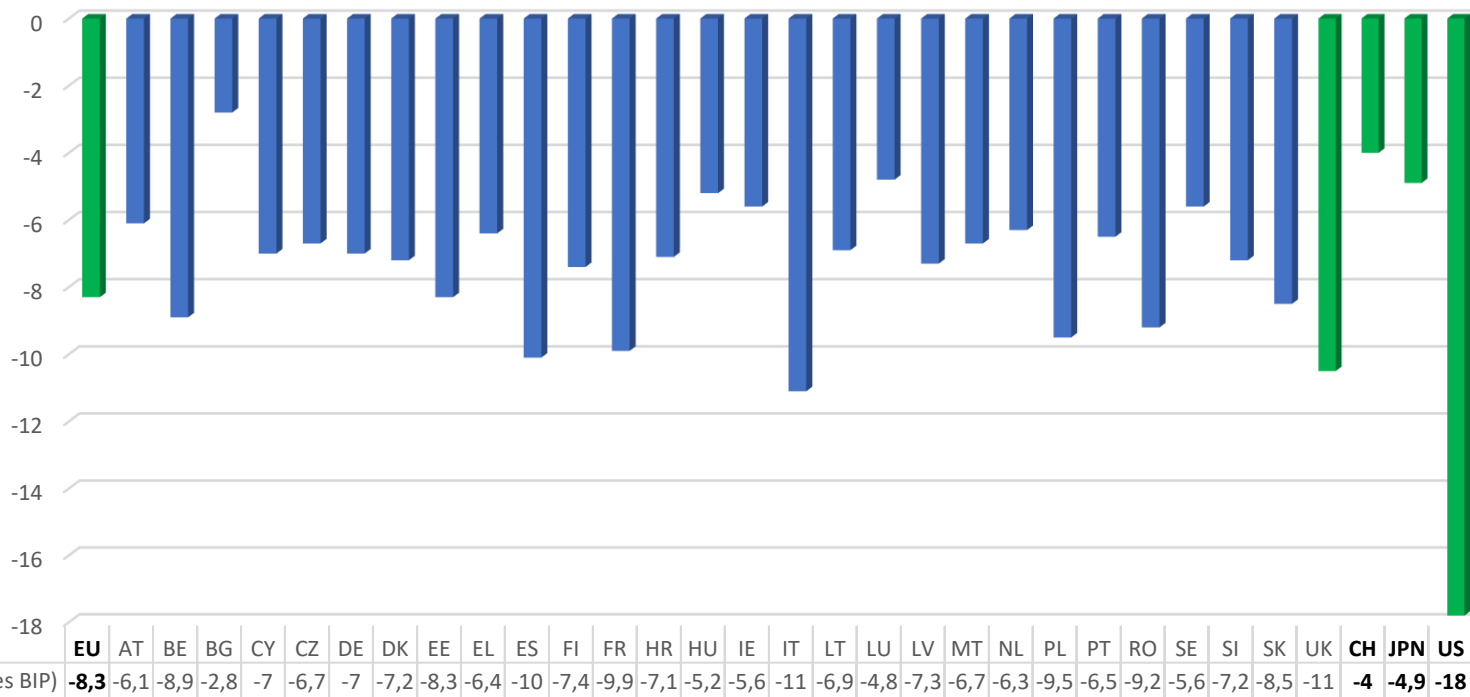
Die Arbeitslosigkeit wächst 2020 in der EU im Durchschnitt um 2,3 Prozentpunkte auf 9%. Abgefedert wird der Anstieg wohl von den in vielen EU-Staaten eingesetzten Kurzarbeiterregelungen. In den USA steigt die Arbeitslosigkeit um 5,5 Prozentpunkte auf 9,2%.

BIP-Entwicklung (Prognose für 2020 und 2021, in %)



	EU	AT	BE	BG	CY	CZ	DE	DK	EE	EL	ES	FI	FR	HR	HU	IE	IT	LT	LU	LV	MT	NL	PL	PT	RO	SE	SI	SK	UK	CH	CN	JPN	US	W
■ BIP-Prognose 2020 (in %)	-7,4	-5,5	-7,2	-7,2	-7,4	-6,2	-6,5	-5,9	-6,9	-9,7	-9,4	-6,3	-8,2	-9,1	-7	-7,9	-9,5	-7,9	-5,4	-7	-5,8	-6,8	-4,3	-6,8	-6	-6,1	-7	-6,7	-8,3	-5	1	-5	-6,5	-3,5
■ BIP-Prognose 2021 (in %)	6,1	5	6,7	6	6,1	5	5,9	5,1	5,9	7,9	7	3,7	7,4	7,5	6	6,1	6,5	7,4	5,7	6,4	6	5	4,1	5,8	4,2	4,3	6,7	6,6	6	2,4	7,8	2,7	4,9	5,2
■ BIP 2021 im Vergleich zum BIP 2019	-1,8	-0,8	-1,0	-1,6	-1,8	-1,5	-1,0	-1,1	-1,4	-2,6	-3,1	-2,8	-1,4	-2,3	-1,4	-2,3	-3,6	-1,1	0,0	-1,0	-0,1	-2,1	-0,4	-1,4	-2,1	-2,1	-0,8	-0,5	-2,8	-2,7	8,9	-2,4	-1,9	1,5

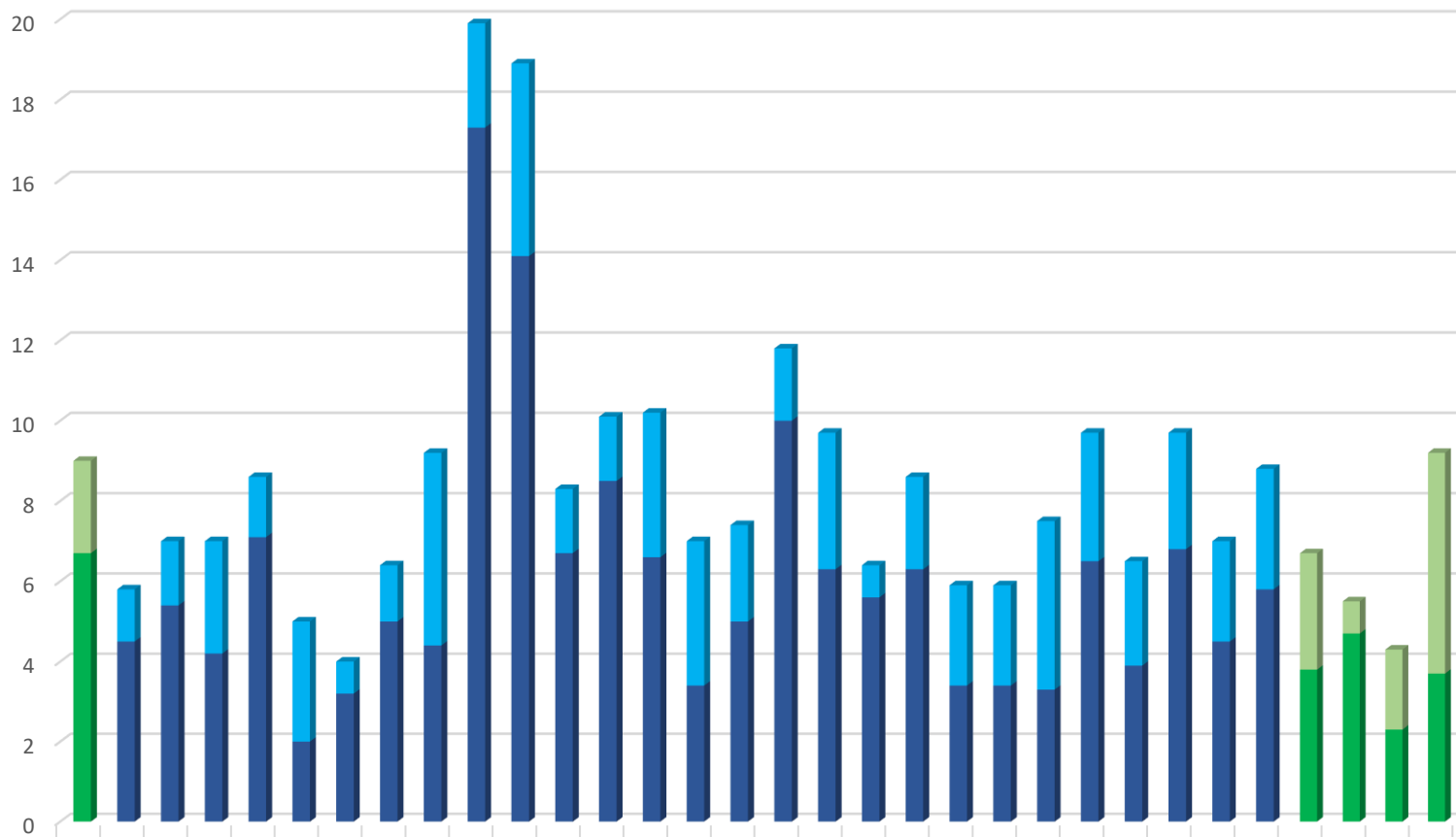
Öffentliches Defizit (Prognose für 2020, in % des BIP)



Quelle: EU-Kommission, 6. Mai 2020, Spring 2020 Economic Forecast, Online unter: https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-performance-and-forecasts/economic-forecasts/spring-2020-economic-forecast_en

EU: Europäische Union; AT: Österreich; BE: Belgien; BG: Bulgarien; CY: Zypern; CZ: Tschechien; DE: Deutschland; DK: Dänemark; EE: Estland; EL: Griechenland; ES: Spanien; FI: Finnland; FR: Frankreich; HR: Kroatien; HU: Ungarn; IE: Irland; IT: Italien; LT: Litauen; LU: Luxemburg; LV: Lettland; MT: Malta; NL: Niederlande; PL: Polen; PT: Portugal; RO: Rumänien; SE: Schweden; SI: Slowenien, SK: Slowakei; UK: Vereinigtes Königreich; CH: Schweiz; JPN: Japan, US: Vereinigte Staaten von Amerika. Keine Daten: China (CN)

Anstieg Arbeitslosigkeit (Prognose für 2020, in %)



	EU	AT	BE	BG	CY	CZ	DE	DK	EE	EL	ES	FI	FR	HR	HU	IE	IT	LT	LU	LV	MT	NL	PL	PT	RO	SE	SI	SK	UK	CH	JPN	US
■ Anstieg 2020 (in Prozentpunkte)	2,3	1,3	1,6	2,8	1,5	3	0,8	1,4	4,8	2,6	4,8	1,6	1,6	3,6	3,6	2,4	1,8	3,4	0,8	2,3	2,5	2,5	4,2	3,2	2,6	2,9	2,5	3	2,9	0,8	2	5,5
■ Arbeitslosigkeit 2019 (in %)	6,7	4,5	5,4	4,2	7,1	2	3,2	5	4,4	17,3	14,1	6,7	8,5	6,6	3,4	5	10	6,3	5,6	6,3	3,4	3,4	3,3	6,5	3,9	6,8	4,5	5,8	3,8	4,7	2,3	3,7

Quelle: EU-Kommission, 6. Mai 2020, Spring 2020 Economic Forecast, Online unter: https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-performance-and-forecasts/economic-forecasts/spring-2020-economic-forecast_en

EU: Europäische Union; AT: Österreich; BE: Belgien; BG: Bulgarien; CY: Zypern; CZ: Tschechien; DE: Deutschland; DK: Dänemark; EE: Estland; EL: Griechenland; ES: Spanien; FI: Finnland; FR: Frankreich; HR: Kroatien; HU: Ungarn; IE: Irland; IT: Italien; LT: Litauen; LU: Luxemburg; LV: Lettland; MT: Malta; NL: Niederlande; PL: Polen; PT: Portugal; RO: Rumänien; SE: Schweden; SI: Slowenien, SK: Slowakei; UK: Vereinigtes Königreich; CH: Schweiz; JPN: Japan, US: Vereinigte Staaten von Amerika. Keine Daten: China (CN)